Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 42 (1948)

Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : in Amerika nichts Neues ; Der kalte Krieg ; Der Preis des Friedens ; Wohin treibt England? ; Der Weg Frankreichs ; Sozialistisches Dilemma ; Geistliches, Allzugeistliches

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139138

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Unsere Zürcher Leser machen wir darauf aufmerksam, daß die in diesem Bericht erwähnten Vorträge im Rahmen des Winterprogramms von «Arbeit und Bildung», Gartenhofstraße 7, Zürich, gehalten werden. Die Vorträge Hürlimann und Roser haben schon stattgefunden. Die übrigen finden an folgenden Tagen, jeweils 20 Uhr, statt:

15. November	R. Lejeune: Blumhardt
22. November	Margarete Susman: Tolstoj
29. November	Margarete Susmann: Dostojewskij
6. Dezember	H. Bachmann: Carlyle, Kingsley, Robertson
13. Dezember	P. Trautvetter: Kutter, Ragaz

Weltrundschau

In Amerika nichts Neues Das wichtigste Ereignis der Berichtszeit sind zweifellos die *Wahlen in den Vereinigten Staaten von Amerika*, deren Ergebnis der Schreibende soeben vom Londoner Sender abgenommen hat und nur noch in aller Kürze kommentieren kann, nachdem die übrigen Teile der Weltrundschau bereits der Druckerei übergeben worden sind. Die Überraschung wird groß sein in der Welt, daß, allen Voraussagen zum Trotz und auch im Gegensatz zu den sonst recht zuverlässigen privaten Volksumfragen (Gallup usw.), nicht Gouverneur Dewey das Rennen gemacht hat, sondern wahrscheinlich Präsident *Truman* für weitere vier Jahre im «Weißen Haus» zu Washington residieren wird, gestützt von einer demokratischen Mehrheit nicht nur im drittelerneuerten Senat, sondern auch im gänzlich erneuerten Abgeordnetenhaus, das vor zwei Jahren eine republikanische Mehrheit bekommen hatte. Auch die Gouverneurswahlen in den Einzelstaaten sind überwiegend zugunsten der Demokratischen Partei ausgefallen.

Wie ist dieses Ergebnis zu erklären? Haben die Beobachter der öffentlichen Meinung einfach falsch geurteilt? Hat die überhebliche Siegessicherheit der Leute um Dewey einen Teil der Parteigänger der Republikaner eingeschläfert und umgekehrt die Demokraten aufgerüttelt? Oder hat die Aussicht auf einen Präsidenten, hinter dem vor allem die reaktionär-kapitalistischen Mächte gestanden wären, die fortschrittlichen Elemente im Volk, insbesondere die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die das Taft-Hartley-Gesetz nicht vergessen haben, zu unvermutet kräftigem Widerstand angespornt? Hat — auf der gleichen Linie — gar die Furcht, unter einer Regierung Dewey-Dulles werde das außenpolitische Scharfmachertum vollends obenaufschwingen und Amerika in den längst an die Wand gemalten Krieg mit der Sowjetunion hineinreißen, die Stillen im Lande überraschend zu einer Friedensdemonstration getrieben? Die enttäuschend geringe Stimmenzahl, die Henry *Wallace* gewonnen hat, fände — über die Wirkung der Propaganda hinaus, die ihn als den Mann Moskaus ver-

leumdete —, durch Erwägungen dieser letzteren Art immerhin eine gewisse Erklärung; es könnte sein, daß Hunderttausende von Wählern und Wählerinnen, die grundsätzlich für Wallace waren, angesichts der Aussichtslosigkeit seiner Kandidatur eben doch, trotz allem, für Truman als das kleinere Übel gestimmt haben, um eine gefährliche Verschärfung des außenpolitischen Kurses der Vereinigten Staaten, wie er mit Dewey als Präsident wahrscheinlich gewesen wäre, zu verhindern.

Machen wir uns aber dennoch keine Illusionen über die Politik, die eine neue Regierung Truman betreiben wird! Wie ich hier wiederholt gesagt habe, beruht die Innen- wie namentlich die Außenpolitik der Vereinigten Staaten in allen wesentlichen Punkten auf einer *Koalition* von Demokraten und Republikanern, der beiden großen bürgerlich-kapitalistischen Parteien, in denen die konservativen Elemente durchaus vorwiegen. Walter Lippmann, der vielgelesene amerikanische Journalist, hat es kürzlich in einer Wahlbetrachtung richtig gesagt:

«Tatsache ist, daß schwere Probleme zu lösen sind. Aber für diese Probleme haben nicht die Republikaner als Partei eine Reihe von Lösungen bereit und die Demokraten als Partei eine andere Reihe. In der inneren Politik (und erst recht in der äußeren. H. K.) gibt es keinen grundlegenden Gegensatz der Doktrinen, keinen ideologischen Gegensatz, der auch nur von ferne mit demjenigen zu vergleichen wäre, der die Parteien sagen wir in Frankreich oder auch bloß in England trennt ... Die Behauptung, Truman, Snyder und der Klüngel im ‚Weißen Haus' seien fortschrittlicher und liberaler als Dewey, Warren, Vandenberg, Stassen und ihre nächsten Ratgeber und Stützen, ist handgreiflicher Unsinn.»

Truman ist gewiß durch das Auftreten von Wallace, das mindestens im Anfang ein außerordentlich starkes Echo im amerikanischen Volke gefunden hat, gezwungen worden, ausgesprochen liberale Töne anzuschlagen und den 80. Kongreß — die verflossene Bundesversammlung — mit einer Schärfe anzugreifen, die bei diesem im Grunde unentschiedenen und energielosen Mann überraschen mußte. Aber wieviel von dieser Kampflust ist einfach der Wahlsituation zuzuschreiben, und wieviel war echt? Wieviel davon wird übrigbleiben, wenn Truman aufs neue im Amt ist und die Zweiparteienkoalition wieder zu spielen beginnt? Das hängt natürlich zu einem wesentlichen Teil von dem Charakter der Mehrheit ab, die sich durch die beiden Parteien hindurch im neuen Kongreß bilden wird. Es hängt aber auch davon ab, in welcher Form die *fortschrittlich-demokratischen Volksteile* künftighin ihren Willen zum Ausdruck bringen werden. Erleben die Parteidemokraten eine Renaissance, wie das dank der Abstoßung ihres rechten Flügels sehr wohl möglich ist — der Wahlausfall hat ja bereits gezeigt, wieviel Kredit sie durch ihre Linksschwenkung zurückgewonnen haben —, dann wird es die neue Fortschrittspartei schwer haben, zur großen dritten Partei aufzusteigen. Anderseits ist aber auch sehr ernst damit zu rechnen, daß die Gewerkschaften, die diesmal aus Opportunismus und Kommunistenfeindschaft noch einmal für Truman eingestanden sind, die Initiative zur Bildung einer gemäßigt links-

orientierten Volkspartei ergreifen und die offiziellen Demokraten mehr und mehr in den Hintergrund drängen werden. Die ganze Lage in Amerika ist noch gänzlich unübersichtlich, aber doch auch voller großer Möglichkeiten, die weitblickend auszunützen jetzt die dankbare Aufgabe einer fortschrittlichen Staatskunst ist.*

Der kalte Krieg Die Folgen einer Verschärfung des weltpolitischen Kurses der Vereinigten Staaten, wie sie von einem Wahlsieg der Republikaner zu gewärtigen war, drohten um so bedenklicher zu werden, als sich besonders in Europa, und offenkundig unter amerikanischer Führung, die Beziehungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion während der vergangenen Wochen ohnehin weiter verschlechtert haben. Die *UNO-Tagung in Paris* spiegelt diese Entwicklung auch in ihrem zweiten Abschnitt getreulich wider. Irgendwelche Autorität, irgendwelcher feste Wille, das zunehmende Chaos zu bändigen, geht von ihr nicht mehr aus; kaum daß es dem Sicherheitsrat gelingt, den immer wieder aufflackernden Krieg um *Palästina* zu dämpfen — ein Erfolg, der in uns freilich gemischte Gefühle erweckt, läuft er doch tatsächlich darauf hinaus, daß die Juden an der Verteidigung des Negev gehindert werden sollen, der jetzt wüstliegenden Südhälfte Palästinas, die Israel im ersten Teilungsplan zugesprochen erhalten hatte, die ihm nun aber zugunsten Ägyptens — hinter dem in diesem Fall aus strategischen Gründen England steht — wieder genommen werden soll. Wirkliche Gefahr, daß die Juden aus dem Negev wieder vertrieben werden könnten, besteht zwar nicht; dazu reichen weder die ägyptischen noch die der UNO

* Inzwischen ist die Sicht auf die Vereinigten Staaten etwas klarer geworden, und man vermag zu erkennen, daß die Hauptursachen der *demokratischen Grundwelle*, die über die Union und die Einzelstaaten hinweggegangen ist, einmal in der Erbitterung der ärmeren Volksschichten über die wachsende Teuerung und Wohnungsnot zu suchen sind; sodann (scheinbar im Widerspruch dazu) in der Hoffnung weiter Farmerkreise, eine demokratische Regierung werde, wie in den dreißiger Jahren, eine wirksame Preisstützungspolitik durchführen; ferner und namentlich in dem Willen der Gewerkschaften, die Anhänger des Taft-Hartley-Gesetzes aus der Bundesversammlung auszuschalten; und schließlich in einem starken Mißtrauen gegen die Außenpolitik der Republikaner, die eben kapitalistisch-militärischen Einflüssen besonders stark unterworfen gewesen wäre. Ob das Vertrauen, das die Mehrheit des amerikanischen Volkes Truman und den Demokraten entgegengebracht hat, wirklich begründet ist, steht auf einem anderen Blatt; was die Außenpolitik betrifft, so hat K. von Schumacher — mit dem wir das Heu sicher nicht auf der gleichen Bühne haben — diesmal vermutlich schon recht, wenn er in der «Weltwoche» meint, es deute alles darauf hin, «daß Truman in allen entscheidenden Fragen wohl oder übel den ihm (von wem? H. K.) vorgezeichneten Weg gehen wird. Das aber ist, wie schon in der Vergangenenheit, ein Weg der entschlossenen Haltung gegenüber Rußland, ein Weg der noch weitergehenden Aufrüstung und ein Weg des Ausbaus der amerikanischen Position in der ganzen Welt».

Aber darauf kommt es ja in diesem Zusammenhang nicht an. Maßgebend bleibt, daß Trumans Wähler und Wählerinnen *glaubten*, die neue Regierung werde links anhalten und in der Außenpolitik ein Hindernis für das Überborden gefährlicher

etwa sonst zur Verfügung stehenden Streitkräfte aus. Und auch den neugesicherten Korridor von Tel Aviv nach Jerusalem wird sich Israel so wenig entreißen lassen wie das nun ziemlich fest in seinen Händen befindliche Westgaliläa. Aber die Ohnmacht, welche die Vereinten Nationen dem Kampf um Palästina gegenüber an den Tag legten, ist eben doch etwas Bemühendes und keineswegs geeignet, das Vertrauen in ihre friedensichernde Kraft zu mehren. Mit der *Berliner Frage* aber vermögen die Vereinten Nationen erst recht nicht fertig zu werden. Ihre Organisation ist ja freilich auch von vornherein gar nicht für die Entscheidung solcher Streitfälle geschaffen worden; sie beruht durchaus auf der Voraussetzung, daß die Großmächte jeweilen *auf dem Kompromißweg* miteinander einig werden und nicht durch systematische Überstimmung der zahlenmäßig schwächeren Gruppe durch die stärkere Lösungen erzwingen, die das Gefüge der Vereinten Nationen selber sprengen könnten. Da eine solche «Lösung», wie in anderen Fällen, so auch in der Berliner Angelegenheit von den Westmächten nun trotzdem versucht wurde, so ging es eben, wie es gehen mußte: die Russen verwarfen den Vermittlungsvorschlag der sogenannten Neutralen— die in Wahrheit natürlich keine Neutrale sind, vielmehr eindeutig im sowjetgegnerischen Lager stehen —, die Alliierten behalten sich vor, die Sache vor die Generalversammlung weiterzuziehen, und die Russen sind wieder einmal glücklich — was ja von Anfang an der Zweck des Manövers war — vor der «Weltöffentlichkeit» als die großen Störenfriede gebrandmarkt.

Die Sowjetunion hat sich allerdings die Herausbildung dieser für ihre Gegner so vorteilhaften Propagandasituation großenteils selber

---

Strömungen sein. Und zur Bekundung dieses Glaubens durch die Wahl Trumans hat paradoxerweise *Henry Wallace* entscheidend beigetragen. *Ohne* seinen Kampf — der, vergesse man es nicht, vor nunmehr fast einem Jahr begonnen wurde — wäre die Demokratische Partei wahrscheinlich geblieben, was sie nach Roosevelts Tod geworden war: der zudem noch durch seinen eigenen rechten Flügel, die reaktionären Südländer, gelähmte fortschrittlichere Flügel des konservativen Gesamtbürgertums. Ohne Wallace hätte sich Truman schwerlich entschlossen, der neuen Fortschrittspartei durch eine eigene Linksschwenkung Konkurrenz zu machen und den Abfall der Süddemokraten in Kauf zu nehmen. Und die Folge wäre gewesen, daß die Linksströmung im Volke eben von Wallace aufgefangen worden wäre oder daß zahlreiche «Linke», insbesondere aus den Reihen der Gewerkschaften, einfach nicht für Truman und die Demokraten hätten stimmen können. Nun aber fielen für all diese Menschen die Hemmungen weg, sich für Truman einzusetzen; sie sahen jetzt in den *Demokraten* wieder die Partei der Opposition gegen Großkapitalismus und Imperialismus und ließen die neue Fortschrittspartei, die ja doch keinerlei Chancen habe, links liegen. Die Kandidatur Wallace verlor in den Augen zahlreicher Wähler in dem Maß ihren Sinn, als sich die Partei Trumans wieder liberalisierte. Und die *Sache*, für die Wallace kämpfte, gewann im gleichen Maß im Rahmen der Demokratischen Partei an Kraft, in dem seine eigene Partei an Anhang verlor. Vielleicht hat so Wallace, wenn auch in anderer Weise, als er dachte, durch die Verhinderung eines republikanischen Wahlsieges Amerika und die Welt doch vor dem Hineingleiten in eine neue Katastrophe gerettet!

7. November.

zuzuschreiben. Denn so unbefriedigend die Vermittlungsformel der «Neutralen» auch war, weil die Russen nicht gern den Trumpf ihrer Sperremaßnahmen aus der Hand gaben, ohne sicher zu sein, daß die Wiederaufnahme der Besprechungen zwischen den Militärgouverneuren über die Einführung der Ostmark auch in Westberlin nicht erneut mit einem Mißerfolg enden werde, so hätte sie doch, wenn angenommen, einen Boden schaffen können, auf dem eine Erfüllung der *berechtigten* Begehren der Russen nicht unmöglich gewesen wäre. Denn das muß neuerdings ohne Umschweife gesagt werden: der *Zweck* des russischen Vorgehens in Berlin ist — vom Standpunkte der herkömmlichen «Realpolitik» aus natürlich — vollauf berechtigt, wenn auch die dafür gebrauchten *Mittel*, insbesondere die Verkehrssperre, weithin unberechtigt sind. Mitten in der russischen Zone, wie irgendwo auf Grönland oder in Nordafrika (wo die Westmächte von Rechts wegen auch nichts zu suchen haben), einen militärischen Stützpunkt zu unterhalten, der auch wirtschaftlich und politisch, im Kampf gegen die Kommunisierung Ostdeutschlands, von großer Bedeutung ist, dazu haben die Alliierten nun einfach kein inneres Recht, seit es kein gemeinsam von den vier Siegermächten verwaltetes Deutschland mehr gibt, vielmehr die Westmächte bewußt daran arbeiten, einen gesonderten, kapitalistisch orientierten und immer mehr der nationalistischen Reaktion verfallenden westdeutschen Staat aufzubauen. (Die jüngsten Wahlen in Schleswig-Holstein mit ihrem Erfolg der Christlichdemokratischen Union zeigen erneut das Vordringen der konservativen Elemente und des Alldeutschtums deutlich an.) Aber das *formale* Recht zur Unterhaltung eines Stützpunktes in Westberlin — heute «Luftbrücke» genannt — haben sie eben dennoch und nützen es auch bis zum letzten aus, die Russen damit *scheinbar*, das heißt in den Augen einer oberflächlich urteilenden Welt, auch moralisch ins Unrecht setzend. Was doch eine einseitige Propaganda — und die Schweiz beispielsweise steht sozusagen vollkommen unter dem Einfluß der westmächtlichen Propaganda — nicht alles fertigzubringen vermag!

Was weiter geschehen soll, bleibt vorderhand unklar. Die «Luftbrücke» nach Berlin mag weiterhin den *strategischen* Absichten der westlichen Generalstäbe beste Dienste leisten; das Wirtschaftsleben Westberlins kann sie nicht richtig im Gang halten. Und das mag früher oder später zu neuen, gefährlichen Verwicklungen führen. Inzwischen betreiben die Westmächte aufs eifrigste ihre *militärischen Vorbereitungen* für den äußersten Fall (auf den sie, wie sie immer wieder mit unverkennbarer Kampfbegierde erklären, unbedingt gerüstet seien) oder doch zum Zwecke der wirksameren Einschüchterung der Russen. Der «westliche Verteidigungsrat», mit Marschall Montgomery an der Spitze, ist zwar noch eine etwas nebelhafte Sache; man weiß weder, wo die Verteidigungslinie errichtet werden soll, noch wer die dafür nötigen Streitkräfte zu stellen hat, noch wieweit sich die in Frage

kommenden Staaten einem gemeinsamen Oberbefehl unterziehen werden, sofern der höhere strategische Plan etwa die vorläufige Räumung ihres Gebietes vorsehen sollte. Aber das wird sich ja wohl mit der Zeit klären, namentlich wenn einmal auch die Vereinigten Staaten und Kanada in aller Form mitmachen werden und Westeuropa auf Grund eines neuen Leih- und Pachtsystems mit amerikanischer Hilfe großzügig aufrüsten kann. Ob auch Spanien irgendwie, wenn auch zunächst nur mit einem militärischen Stützpunkt etwa auf den Baleareninseln, in die atlantische Allianz einbezogen werden soll, ist noch nicht entschieden; Irland (Eire) zeigt jedenfalls den Engländern die kalte Schulter, solange die nordirischen Bezirke (das protestantische Ulster) bei Großbritannien verbleiben, und hat sogar neuerdings auch das letzte formale Band, das es noch mit England verknüpfte, durchschnitten.

Anderseits bemüht sich die amerikanische Diplomatie angelegentlich um die Bildung eines nordischen und eines Mittelmeerstaatenblocks, die beide dem atlantischen Bund gleichgeordnet werden sollen, während Außenminister Bevin in einer Rede vor dem britischen Industriellenverband von einem «festen Zusammenhalt» auch mit den Ländern des Mittleren Ostens, des indischen Subkontinents, Südostasiens und Südafrikas sprach, «auf einer großen, unmißverständlichen Grundlage, wie sie Großbritannien bei seinem eigenen Aufbau diente». Ein etwas rätselhafter Ausspruch; denn die allerdings unmißverständliche Grundlage, auf der das britische Reich aufgebaut wurde, war kapitalistisch und imperialistisch, von den Merchant Adventurers an bis zu Cecil Rhodes und Lord Milner. Es mag aber in diesem Zusammenhang vermerkt werden, was vor einiger Zeit der Londoner Korrespondent der «National-Zeitung» schrieb:

«Der Mittlere Osten, ohne dessen Öl übrigens die ganze Marshallplan-Maschinerie stillstehen würde, ist für den Westen von entscheidender *strategischer Bedeutung*, da er den Russen die Einklammerung des Mittelmeeres verwehrt ... Es ist (freilich) im Augenblick weit weniger die Rote Armee als die *rote Propaganda* unter dem Bauern- und Arbeiterproletariat, welche den Mittleren Osten bedroht, dem im System der Empirestrategie nun die Rolle der Achilles-Ferse zukommt. Da nun aber der Mittlere Osten aus strategischen wie aus wirtschaftlichen Gründen unter allen Umständen ‚gehalten' werden muß, sucht England vor allem *Afrika* als Zentrum seiner Empireverteidigung auszubauen, und in der Empirestrategie nimmt Afrika schon heute den früher von Indien behaupteten Platz ein. Afrika liegt — läßt man den Sonderfall Kanada unberücksichtigt — im Zentrum des britischen Empires, als ein gewaltiger Flugzeugträger und Flottenstützpunkt, von dem aus im Kriegsfalle Malaya und Australien wie Ceylon, Gibraltar, Malta und der Mittlere Osten mit Truppen und Material versorgt werden können ...

England trägt sich aus all diesen Gründen auch mit dem Plan, die *Westunion* für den militärischen und politischen Aufbau Afrikas zu mobilisieren und Frankreich, Belgien und Portugal für die Bildung der *‚Vereinigten Staaten von Afrika'* zu gewinnen. Von hier aus gesehen, erscheint übrigens auch der Vorschlag des ‚Manchester Guardian', die früheren *italienischen Kolonien* der Treuhandschaft der Westunion zu unterstellen, in einem neuen Lichte. Denn schon heute bilden diese italienischen Kolonien einen unentbehrlichen Bestandteil des afrikanischen Verteidigungssystems, wobei man nur daran zu erinnern braucht, daß Libyen die besten afrikanischen Mit-

telmeerhäfen besitzt und bereits heute von den Engländern als Militärmaterial- und Truppendepot benützt wird, während Amerika den von England ‚entlehnten' tripolitanischen Flugplatz *Mellaha* zum Hauptstützpunkt für die militärische Versorgung Griechenlands und der Türkei ausgebaut hat.»

Der Preis des Friedens Überblickt man das alles, dann muß man schon sagen: der kalte Krieg wird bereits mit einer ebenso kalten Systematik und dazu mit einer Großzügigkeit geführt, die kaum mehr zu überbieten ist. Wobei immer wieder auffällt, mit welcher Selbstverständlichkeit die «demokratische» Welt den Westmächten das Recht zubilligt, dem möglichen Gegner von morgen die gepanzerte Faust unter die Nase zu halten, auf dem ganzen Erdenrund militärische Stützpunkte anzulegen, strategische Räume zu sichern,* ganze Länder in ihr Kriegsrüstungssystem einzubeziehen (unter formaler Wahrung der nationalen Souveränität natürlich), Bundesgenossen zu werben, Satelliten zu kaufen und halbe Erdteile wirtschaftlich-politisch zu kolonisieren, während sofort tiefsittliche Entrüstung aufschäumt, wenn die *Sowjetunion* ähnliche Methoden anwendet — die Sowjetunion, die immerhin der weitaus schwächere Teil ist und die westliche Welt nie anders denn ihrem Dasein feindlich gesinnt (und nicht bloß gesinnt!) gekannt hat.

Was Wunder, wenn sich Winston *Churchill* am Parteitag der britischen Konservativen in Llandudno zu einer Scharfmacherrede verstiegen hat, die nun zwar, wenigstens in Europa, doch Widerspruch gefunden hat, den Geisteszustand der «Herren der Welt» aber doch scheinwerferartig beleuchtet. Was der britische Kriegspremier empfiehlt, das ist ja kaum etwas anderes als das ultimative Ansinnen an die Sowjetunion, sich in Asien wie in Europa auf ihre Grenzen von 1938 zurückzuziehen, jede kommunistische Durchdringung der übri-

* Der amerikanische Marineunterstaatssekretär Andrews erklärte kürzlich in öffentlicher Rede, «daß das Mittelmeer zu einer der wichtigsten militärischen Außenbasen der Streitkräfte der Vereinigten Staaten geworden» sei. «Wir sind gewappnet und schlagbereit. Vom Mittelmeer aus wird unsere Flotte schnell und sehr kraftvoll zurückschlagen, wenn irgendein Angreifer auf den Gedanken kommen sollte, zum Angriff überzugehen ... Amerikas Lebenslinie führt jetzt durch das Mittelmeer.» Wenn so die Russen redeten und danach handelten — sie, die, im Schwarzen Meer eingesperrt, eher Grund hätten, das Mittelmeer als ein Stück ihrer Lebenslinie zu erklären als die Amerikaner, die immerhin durch einen Ozean vom Mittelmeergebiet getrennt sind!

Anderseits gibt die «National-Zeitung» (vom 6./7. November) den Amerikanern angesichts des militärischen Zusammenbruches der Kuomintang-Regierung in *China* den Rat, «die Sturmflut einzudämmen, die gegen die pazifische Front der Vereinigten Staaten brandet». Wenn also — ohne russische Hilfe, wohlgemerkt — die kommunistisch geführte Volksbewegung Chinas das jahrhundertealte Ausbeuterregime der Grundherren, Beamten, Generäle endlich, endlich wegfegt, dann ist das ein ruchloser Angriff auf die pazifische Front der Vereinigten Staaten und zwingt Amerika, dem bedrohten alten Regime noch stärkere Hilfe als schon bisher zuteil werden zu lassen! Und europäische «Demokraten» finden solche «Abwehr» ganz in der Ordnung!

gen Welt zu unterlassen und sich der von den Westmächten gewollten Weltordnung — dem «amerikanischen Frieden» — zu fügen; kurz: bedingungslos zu kapitulieren, falls sie nicht mit den Atombomben Bekanntschaft machen wolle.

Bloße Redeübung eines — im doppelten Sinn — unverantwortlichen Privatmannes? Leider nein; man hat nicht erst seit der Rede von Fulton, der die Verkündung der Truman-Doktrin folgte, die Erfahrung gemacht, daß, was Churchill und sein Kreis heute vertreten, morgen die offizielle Politik verantwortlicher Regierungen ist, und hat jedenfalls Grund, zu fürchten, daß dies mindestens mit der Rede von Llandudno so sein wird. Churchill hat zunächst nach Amerika hinüber gesprochen, als Wahlhelfer Deweys und seiner Hintermänner. Er hat sodann zu England selbst gesprochen, als der gefeierte «ältere Staatsmann», der sich in der Rolle des nationalen Warners und Führers gefällt. Er hat aber namentlich auch als Stütze der Gesellschaft gesprochen — der vom Sozialismus und Kommunismus bedrohten alten Gesellschaft, die ihm denn auch in aller Welt überzeugten Beifall gespendet hat. (Die «Neue Zürcher Zeitung» z. B. trat ohne jeden Vorbehalt hinter die Forderungen Churchills und mahnte ernst: «Wenn die Überlegenheit der Vereinigten Staaten zur Geltung gebracht werden soll, ist es notwendig, daß die Westmächte auf eine *Entscheidung* der Streitfragen drängen und es nicht zulassen, daß die Sowjetunion die Unentschlossenheit ihrer Gegenspieler ausnützt, um kampflos sich Vorteile zu sichern und Eroberungen zu machen.»)

Churchill ist zwar vor allem ein Kriegsmann (und Abenteurer), aber zugleich eben auch ein klassenbewußter Konservativer und harter Imperialist, ohne Verständnis für die Notwendigkeit der sozialen Umwälzung und darum auch ohne Sinn für die gesellschaftlichen Hintergründe des Faschismus und Nazismus. Darum seine Sympathie für Mussolini, für Franco und auch für Hitler, solange er in diesem noch nicht den Feind des britischen Weltreiches erkannt hatte.* Darum seine Unfähigkeit, die militärische Niederlage des Faschismus auch für die Ausrottung seiner wirtschaftlichen und sozialen Wurzeln auszunützen, und sein tragischer Irrtum, die Welt könne ruhig so bleiben wie bisher, wenn nur der Imperialismus der *andern* unschädlich gemacht sei.

* Devere Allen schreibt in der amerikanischen «Worldover Press» (15. Oktober): «Es besteht eine weitverbreitete Überzeugung, daß es damals (in der Zeit von München) zwei völlig entgegengesetzte Denkschulen gegeben habe: die Chamberlain-Schule, die mit der Beschwichtigungspolitik Geschäfte gemacht habe, und die Churchill-Schule, die schon frühzeitig gewarnt habe, daß alles, was nicht kompromißlose Festigkeit sei, versagen werde. Die Chamberlain-Schule würden nur noch wenige verteidigen. Aber Churchill war in dieser Beziehung ebenso schwankend wie irgendeiner. Er hatte 1936 Hitler gerühmt, wie er so oft auch Mussolini rühmte; am Waffenstillstandstag 1938, nach dem Münchner Pakt, erklärte er in einer Rede: ‚Ich habe immer gesagt, wenn Großbritannien im Kriege geschlagen würde, so hoffte ich, wir würden einen Hitler finden, der uns wieder zu unserer rechtmäßigen Stellung unter den Völkern verhelfen werde.‘»

Darum seine Schmähung, ja Verleumdung der Labourregierung, die diese Welt, oder wenigstens ihren britischen Teil, *verändern will* und damit nicht nur die Churchillsche Gesellschaftsordnung erschüttert, sondern auch das britische Imperium in den Augen des Altengländertums zerstört. Und darum schließlich sein Haß gegen die Sowjetunion, in der er von Anbeginn an ebensosehr den Feind und Auflöser des bestehenden Gesellschaftssystems sah als denjenigen des britischen Empire, das so weithin auf Beherrschung und Ausbeutung «niedriger» Rassen begründet war — mit der grotesken Wirkung, daß Churchill das alte Deutschland, das er im Krieg hatte niederwerfen helfen, nun wieder aufzurichten streben muß, um es, ähnlich wie seinerzeit die Chamberlain-Schule, als Ramm- und Prellbock gegen Rußland zu verwenden.

Damit wird Churchill aber zu einem maßgebenden Wortführer der konservativen Besitzinteressen in der Welt überhaupt. Denn das wird ja immer deutlicher: die Westmächte fürchten nicht sowohl einen *militärischen* Angriff von seiten Rußlands, der ja auch wirklich das reinste Selbstmordunternehmen für die Sowjetunion wäre, als vielmehr die *geistige* und *politische* Ausbreitung des Weltkommunismus in die westeuropäisch-amerikanische, die asiatische und die afrikanische Welt hinein, wo er eben all die alten Herrschaftsverhältnisse zu untergraben droht, besonders wenn er durch die Selbstzersetzung der kapitalistisch-feudalen Wirtschaft und der auf ihr ruhenden Lebensformen unterstützt werden sollte. Die militärischen Rüstungen der Westmächte und ihre Sicherheits- und Allianzpolitik gelten darum im Grunde durchaus nicht der Abwehr einer kriegerischen Ausdehnungspolitik der Sowjetunion als «imperialistischer» Großmacht, sondern in erster Linie der gewaltsamen Zurückdrängung der Sowjetunion *als Vormacht der sozialen Revolution*, wobei der Gedanke einer *präventiven* Auslösung des «ja doch unausweichlichen» Zusammenstoßes für die militärisch so mächtig überlegenen Westmächte verführerisch naheliegt. Die soziale Revolution zu verhindern, solange es noch Zeit sei, und zwar nicht allein in ihrer gewalttätig-kommunistischen Form, sondern auch in Gestalt des demokratischen Sozialismus (den Churchill ja sogar in England als «Gestapo-Diktatur» denunziert), und die alte, die bürgerlich-kapitalistische und — im Osten — feudale Weltunordnung zu erhalten — *das* ist der eigentliche Sinn und Zweck des von Amerika angeführten und finanzierten «kalten Krieges» gegen die Sowjetunion, der sich damit als Unternehmen der sozialen Gegenrevolution im Weltmaßstab kennzeichnet. Anders ausgedrückt: diese ganze, als Verteidigung der demokratisch-humanistisch-christlichen Kultur maskierte Antisowjetpolitik ist nichts anderes als ein Ausweichen vor der *rechten* Lösung der Kommunismusfrage, die, wie wir eben immer wieder betonen müssen, nur in der rasch und energisch an die Hand genommenen Begründung einer freiheitlich-sozialistischen Weltordnung liegen

kann. Weil die Kräfte der sozialen Konservation das *nicht* wollen, weil sie den Preis für die Verhinderung eines dritten Weltkrieges, der in der Liquidierung des reaktionär-imperialistischen Kapitalismus besteht, unter keinen Umständen zahlen wollen, so müssen sie eben den Weg der *machtmäßigen* Bekämpfung des Kommunismus gehen, so sehr auch alle vernünftige Überlegung sagt, daß dieser Weg erst recht zum Zusammenbruch der herrschenden «Ordnung» und dann eben zur Flucht der verzweifelten Völker in den Faschismus oder Kommunismus zu führen droht.

Noch tröstet man sich im Westen — und zwar auch in manchen instinktverlassenen sozialistischen Kreisen — über diese Aussicht mit Phrasen hinweg wie: «Ein neuer Schießkrieg, so tragisch und kostspielig er auch sein würde, wäre dem Leben unter einem von Moskau aus gelenkten Polizeistaat immer noch vorzuziehen», wie es unlängst in der «Detroit Free Press» (vom 3. Oktober) hieß. Aber es fragt sich doch, wie lange dieser Selbstbetrug, der immer mehr zu einem ungeheuerlichen Weltbetrug wird, noch währen kann. Man kann bekanntlich eine Zeitlang die ganze Welt betrügen; man kann auch einen Teil der Welt die ganze Zeit betrügen — aber man kann nicht die ganze Welt die ganze Zeit betrügen. Und wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Völker, wenn man ihnen nur redlich und unverdrossen die Wahrheit sagt, die ihnen jetzt, auf dem Hintergrunde der bürgerlichen Lebensformen, ein allgegenwärtiger Propagandaapparat verhüllt, schließlich doch bereit seien, den Preis für die Sicherung des Friedens zu bezahlen, den ihre Regierung und ihre herrschenden Klassen zu bezahlen sich so entschlossen weigern.

Wohin treibt England? Der Hauptsitz des Widerstandes gegen eine *rechte* Lösung der Kommunismusfrage und damit des Kriegs- und Friedensproblems bleibt natürlich die besitzende Oberschicht in den Vereinigten Staaten. Und man muß auch ruhig zugeben, daß sich der amerikanische Kapitalismus einer außerordentlich schwierigen Lage gegenübersieht. Die industrielle Produktion der USA ist heute um mindestens 65 Prozent größer als vor dem Krieg und wächst immer noch weiter an. Wer soll nun aber diesen beständig anschwellenden Güterstrom aufnehmen? Der amerikanische Binnenmarkt wird in absehbarer Zeit gesättigt sein, zumal die Kaufkraft der lohnverdienenden Bevölkerung seit einem, zwei Jahren eher zurückgeht. Der überseeische Markt aber droht mehr und mehr einzuschrumpfen. Nicht nur kommen junge Industriestaaten auf, die der amerikanischen Waren nicht mehr bedürfen, sondern auch die bei Kriegsende genährten Hoffnungen, die Sowjetunion werde sich zu einem fast grenzenlosen Betätigungsfeld für das amerikanische Kapital entwickeln, sind längst zunichte geworden. Ja, eine ganze Reihe weiterer osteuropäischer Länder ist neuerdings aus der kapitalistischen

Weltwirtschaft ausgeschieden, und auch Mittel- und Westeuropa schienen nach Kriegsende dem «freien Unternehmertum» verlorenzugehen. Was blieb da den Vereinigten Staaten, wollten sie eine abermalige Wirtschaftskrise von sich fernhalten und nicht in den «New Deal» zurückfallen, anderes übrig, als einerseits ihre Industrie mit massiven Staatsaufträgen, besonders Rüstungsaufträgen, zu stützen, anderseits ihre Waren- und Kapitalausfuhr ins Ausland möglichst zu forcieren, gleichzeitig aber der Ausdehnung des Kommunismus und Sozialismus mit allen Mitteln, mit polizeilichem und moralischem Terror im Innern, mit militärischem und wirtschaftlichem Druck gegen außen, entgegenzuwirken? Truman-Doktrin und Marshall-Plan spielen dabei, wie man weiß, eine wesentliche Rolle, und zwar nicht nur in Europa, sondern auch in Asien, besonders im Nahen und Mittleren Orient und im Fernen Osten. In bezug auf Ostasien verdient hier illustrationsweise festgehalten zu werden, daß das ja ausschließlich unter amerikanischer Militärherrschaft stehende *Japan* kürzlich eine Regierung bekommen hat, die sozusagen reinrassig kapitalistisch ist, also ein unbedingt gefügiges Werkzeug in der Hand derjenigen Kräfte bildet, welche die Herrschaft des «freien Unternehmertums» in der Welt sicherzustellen trachten.

Es liegt aber auf der Hand, daß Amerika diese seine langfristige Stützungs- und Ausdehnungspolitik nur durchführen kann, wenn es der Mitwirkung derjenigen Nationen sicher ist, die außerhalb der russisch-kommunistischen Einflußzone stehen. Und hier nimmt nun vor allem *Großbritannien* eine eigentliche Schlüsselstellung ein. Der «New Statesman» (vom 16. Oktober) beschreibt die Lage durchaus realistisch, wenn er feststellt:

«Die Amerikaner würden kaum ohne unsere Zustimmung Krieg anfangen; sie sind für die Verteidigung sowohl Westeuropas als des Mittleren Ostens auf uns angewiesen. Wenn wir ihnen also, wie das Churchill möchte, die Sicherheit geben, daß wir bereit sind, jedes Ultimatum zu unterstützen, das sie stellen könnten, und im Kampf mit dem Kommunismus auf die Atomwaffen abzustellen, so verwirken wir nicht nur unsere eigene Unabhängigkeit, sondern auch die Zukunft Europas.»

Und schon vorher hatte das gleiche Labourblatt geschrieben (am 9. Oktober):

«Die offizielle Ansicht scheint jetzt zu sein, daß wir nicht bloß Flugplätze für amerikanische Bomber zu stellen, sondern auch Rüstungen und Menschen für einen Festlandskrieg zu versprechen hätten, in einem Ausmaße, das uns völlig von Amerika abhängig machen wird. Kurz, wir sollen es als richtig und unvermeidlich hinnehmen, daß wir unseren Teil an dem katastrophalen Schicksal eines ‚preisgabefähigen' Westeuropa zu tragen hätten, das von russischen Truppen überrannt und dann schließlich von Stützpunkten in Spanien, Nordafrika und England aus ‚befreit' würde. Das wäre eine seltsame Zumutung einer Labourregierung an ihre Anhänger. Wenn es *ein* Gefühl gibt, das die britische Arbeiterschaft eint, so ist es der Abscheu vor General Franco und der besonders gemeinen Sorte Faschismus, die er in Spanien aufgerichtet hat. Und doch hat Senator Gurney, dessen Madrider Besuch zwar nicht ‚offiziell' war, der aber immerhin Präsident der Militärkommission des Senats ist, von der

ausgezeichneten Beschaffenheit der Militärorganisation Francos gesprochen, und niemand bestreitet, daß Amerika Pläne macht, um Luftstützpunkte in Spanien einzurichten. Einer unserer anderen Verbündeten wäre Generalissimus Chiang Kai-Shek, dessen Regime nach Herrn Marshalls eigener Darstellung ein bodenloser Abgrund von verderbter, unfähiger Intoleranz ist. Mutet man dem britischen Arbeiter auch zu, als Retter Europas vor dem Kommunismus den General de Gaulle zu begrüßen, der jetzt offen mit verfassungswidrigem und gewalttätigem Vorgehen gegen die französische Regierung droht, falls sie Mitglieder der größten französischen Partei aufnehmen sollte? Wird der Westbund, um so etwas wie einen Widerstand gegen die großen russischen Armeen zu markieren, für sein Lager auch zahlreiche jener Nazisoldaten anwerben müssen, deren dauernde Ausschaltung von jedem Einfluß in Europa unser erklärtes Ziel in dem Kriege war, der vor drei Jahren sein Ende fand? Wenn dies die Absicht ist, so wird uns zugemutet werden, uns mit den faschistischen Elementen Europas zum Kriege gegen die Sowjetunion zu verbünden, hinter der ein wesentlicher Teil der europäischen Arbeiterschaft stünde. Würde dann die Anklage lauten, daß die Sowjetunion zugeknöpft und herausfordernd und ein Feind der bürgerlichen Freiheit sei? Das wäre wohl wahr, aber doch kaum ein Kriegsgrund. Was *nicht* gesagt werden könnte, das ist, daß Rußland an irgendeinem Punkte seit 1945 einer militärischen Angriffshandlung schuldig sei.»

In ähnlichem Sinn sprechen sich auch manche Organe des englischen liberalen Bürgertums aus, so der «Manchester Guardian» (vom 7. Oktober), der davor warnt, «im Namen des Antikommunismus und eines doktrinären Wirtschaftsliberalismus ... die Wiederherstellung eines guten Teiles der Zustände zu riskieren, die vor der Machtergreifung durch Hitler in Deutschland herrschten», und dazu bemerkt: «*So* gewinnt man den ‚kalten Krieg' nicht, wenn man dabei die Zukunft opfert. Wir sind Anhänger der Demokratie und der Toleranz; wir können diese Werte nicht verteidigen, wenn wir uns mit der Diktatur und dem Fanatikertum bloßstellen.»

Ob solche Mahnungen auf die Lenker der britischen Politik noch Eindruck machen, die ohne Bedenken schon bisher die Spanier, die Griechen, die Juden, die demokratischen und sozialistischen Deutschen haben fallen lassen, um die «höheren» Reichsinteressen zu wahren?

Es bleibt eben dabei: So erfreulich die Tatkraft und Konsequenz ist, mit der die Labourregierung in der inneren Politik ihren sozialistischen Kurs einhält — der jetzt amtlich verkündete Beschluß, auch die Eisen- und Stahlindustrie zu nationalisieren, beweist sie aufs neue —, so bedrückend ist auf dem Gebiete der Außenpolitik die fast rettungslose Abhängigkeit, in die sich die gleiche Labourregierung gegenüber dem amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus begeben hat. Wohl hat die Labourpartei unlängst, anscheinend mit Zustimmung der Regierung, eine «Studie über die europäische Union» veröffentlicht, in der es heißt: «Die europäische Union muß eine dritte Macht auf der ganzen Welt sein, die mit dem russischen oder dem amerikanischen Block den Vergleich aushält», und in der weiterhin eine planwirtschaftlich-sozialistische Gestaltung Westeuropas sowie der Ausschluß Griechenlands und der Türkei aus der Gemeinschaft der Marshall-hilfsgenössigen Staaten gefordert wird. Aber angesichts der

außenpolitischen Praxis der britischen Regierung, die allein zählt, wirken derartige «Studien» doch nur als tatsächlich recht akademische Zukunftstheorien, wenn nicht einfach als Versuche, die Leser über den Charakter der auswärtigen *Gegenwartspolitik* der Labourregierung hinwegzutäuschen, einer Politik, die Großbritannien mehr und mehr zum Juniorpartner des amerikanischen Weltreiches herabdrückt.

Der Weg Frankreichs Was soll man aber erst von Frankreich sagen, das nicht einmal mehr eine Großmacht zweiten, sondern nur noch dritten Ranges ist? Seine demütigende Ankettung an den Geld- und Güterspender jenseits des Ozeans — eigentlich ein Armutszeugnis für dieses an Naturgaben und menschlichen Intelligenzen so reiche Land — wird schon gar nicht mehr ernstlich in Frage gestellt. Und seine Eingliederung in die antisowjetisch-kapitalistische Weltfront wird um so fester werden, je weiter es auf dem unseligen Wege fortschreitet, den es schon bald nach seiner Befreiung vom in- und ausländischen Faschismus eingeschlagen hat. Die neueste Etappe auf diesem Weg stellt die gegenwärtige *Streikbewegung* und die *Reaktion* dar, die dieser «kommunistische Würgegriff gegen Frankreichs Wirtschaft» (wie das übliche Klischee lautet) bei den «Ordnungsmächten» hervorgerufen hat.

Nun wird allerdings diese neue Streikwelle, die im Gegensatz zu derjenigen von 1947 kein General-, sondern nur ein Kettenstreik ist, von den *Kommunisten* zweifellos für politische Zwecke ausgenützt. Aber zu was für Zwecken? Die bequemste Deutung, die auch einem gewissen Publikumsverstand am leichtesten eingeht, daß nämlich die Kommunisten einfach darauf ausgingen, Elend zu erzeugen, um darauf ihre Diktatur zu errichten, ist keineswegs auch die richtige; sie stellt im Gegenteil die Kommunisten doch als teuflischer und dümmer hin, als sie tatsächlich sind, und gehört mit ihrer unzulässigen Übervereinfachung der Dinge zu jener antikommunistischen Hetzdemagogie, die der kommunistischen Demagogie an Bösartigkeit nicht nachsteht*. Der *wirkliche* Zweck der kommunistischen Einmischung in die französische Streikbewegung war vielmehr, dem Bürgertum (und der Sozialdemokratie) zu beweisen, daß Frankreich auf die Länge ohne und gegen die radikal gestimmte Arbeiterklasse, ohne und gegen die stärkste Landespartei nicht regiert oder gar in einen Krieg hineingestoßen werden könne, ja womöglich eine grundsätzliche Wendung der französischen Innenpolitik im Sinn einer sozialistischen Planwirtschaft herbeizuführen, die allein das Lohn-Preis-Problem zu lösen imstande sei. Diese

* Wer gar mit dem bösen Blick behaftet ist und immer einen Schurken braucht, dessen trübe Machenschaften alles Unheil auf der Welt erklären — gestern war es der Engländer, heute ist's der Russe —, dem ist überhaupt nicht zu helfen. Denn mit einer sachlichen Erforschung der realen Triebkräfte des Geschehens hat eine solche «Methode» natürlich nichts mehr zu tun.

Absicht ist nun freilich bereits mißlungen. Wohl hat Präsident Vincent Auriol vor einigen Wochen vorgeschlagen, zwei Kommunisten in die Regierung aufzunehmen, aber die Amerikaner haben ihn — wie in ihrer Presse offen zugegeben wurde und auch von anderer Seite bestätigt wird — bald wieder auf den «rechten» Weg gebracht, nicht zuletzt mit der Drohung, Frankreich jede weitere Marshall-Hilfe zu entziehen, falls es aufs neue die Kommunisten irgendwie an die Regierung heranlasse. Die Folge war einerseits, daß die Erbitterung unter den Kommunisten nun erst recht anwuchs, anderseits, daß die scharfmacherischen Elemente auch in der Regierung Oberwasser bekamen und, gedeckt durch Amerika und ermuntert durch die reaktionäre Weltmeinung, den Bergarbeiterstreik mit *Militärgewalt* zu brechen unternahmen, eine Aktion, die denn auch — selbstverständlich — von Erfolg begleitet war.

Die «moralische» Rechtfertigung für diesen Kriegszug lieferte der Regierung ein Teil der Streikenden selber mit der unverantwortlichen Vernachlässigung der Pumpeinrichtungen in den Bergwerken, die eine Wiederaufnahme der Arbeit in den überschwemmten Gruben auf lange hinaus verunmöglicht. Dabei muß freilich hinzugefügt werden, daß das Militäraufgebot nicht nur der Sicherung der Bergwerke vor weiteren Sabotageschäden galt, sondern ebenso sehr auch — siehe zum Beispiel den Bericht des Pariser Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 25. Oktober — dem Schutz der Streikbrecher, «von denen man hofft, daß sie in großer Zahl ihre gewohnte Tätigkeit wieder aufnehmen, sobald sie den kommunistischen Terror nicht mehr zu fürchten haben».

«Den kommunistischen Terror»! Das ist in der Tat die einzige Erklärung, die das Bürgertum für die französische Streikbewegung zu geben hat. Und die französischen Sozialisten vom Schlag eines Léon Blum, der nach Amerika telegraphierte: «Der augenblickliche Streik ist nicht durch berechtigte Arbeitersorgen und -fragen hervorgerufen worden; er wurde vielmehr von der kommunistischen Führung des Französischen Gewerkschaftsbundes aus rein politischen Gründen angestiftet», stoßen ins gleiche Horn. Und doch ist diese Bewegung *wirklich* durch sehr berechtigte Arbeitersorgen hervorgerufen worden. Das bezeugen alle einigermaßen sachlichen Beobachter*; darin stimmen auch alle französischen Korrespondenten der sozialdemokratischen Presse der Schweiz überein, die sicher nicht geheimer Sympathien mit dem Kommunismus verdächtigt werden kann. Die wachsende Verelendung der französischen Arbeiter, die Herabdrückung ihres Realeinkom-

* Sogar ein Mitarbeiter der «Neuen Zürcher Zeitung» (siehe Handelsteil der Nr. 2264) spricht von den «sozialen und materiellen Ursachen des Streiks, die viel tiefer liegen, als man gemeinhin annimmt», und fragt sich, «ob diese schwerste Prüfung, welche die französische Wirtschaft seit der Kriegszeit traf, mit sozialpolitischem Weitblick nicht hätte vermieden werden können».

mens um 40 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit (bei gleichzeitiger Bereicherung der kapitalistischen Schichten und des Bauerntums), das völlige Versagen sämtlicher Regierungen im Kampf gegen die Teuerung, die Drohung der Rechten mit der gewaltsamen Unterdrückung des Klassenkampfes *von unten* durch die Diktatur — das genügt nun wahrhaftig vollauf, um die Stimmung von Erbitterung und Verzweiflung zu erklären, die sich des französischen Arbeitervolkes mehr und mehr bemächtigt und in der gegenwärtigen Streikbewegung gewiß nicht das letztemal eine gewisse Entladung gefunden hat. Wie würde wohl der temperamentmäßig so unrevolutionäre *schweizerische* Arbeiter handeln, wenn er in den gleichen Schuhen steckte wie sein französischer Klassengenosse? Wir haben schließlich auch einmal einen Generalstreik erlebt, den unser Bürgertum ebenfalls als kommunistisch inspiriert und in keiner Weise «durch berechtigte Arbeitersorgen und -fragen hervorgerufen» erklärte!

Sozialistisches Dilemma Dieser ganze Sachverhalt macht es aber auch verständlich, daß die neueren französischen Streikbewegungen *mit Notwendigkeit* auch einen politischen Einschlag bekamen. Das war ja freilich immer die Taktik des Bürgertums: die Arbeiterbewegung — wenn es schon einmal eine solche gab — auf «rein gewerkschaftlich-wirtschaftlichem Boden» zu halten und jedes Übergreifen auf das politische Gebiet als staatsfeindliche Umsturzaktion zu brandmarken. *Sozialistische* Erkenntnis war es aber doch von jeher, daß die Arbeiterschaft ihren Aufstieg und ihre Befreiung nur gewinnen könne, wenn sie die Produktionsverhältnisse und die Gesellschaftsform selbst umzuwälzen vermöge und die gewerkschaftliche (wie die genossenschaftliche!) Aktion mit der *politischen* Aktion verbinde. Und *sozialistischer* Kampfführung entspricht es darum, wenn auch die französische Arbeiterklasse und ihre Organisationen den Ausweg aus der Teuerungsnot wie aus dem ganzen Wirtschaftschaos nicht allein in der Auseinandersetzung mit dem Unternehmertum sieht — das ja für die Bergarbeiter ohnehin mit dem Staat zusammenfällt, also eine politische Macht ist —, sondern gleichzeitig auch den Staat und die Politik in die Hand zu bekommen und mit seiner Mithilfe den Kapitalismus durch eine dem Volksganzen dienende Wirtschaft zu ersetzen streben. Der Kapitalismus und die auf seinem Boden gedeihende Korruption haben besonders auch in Frankreich allmählich derartig abstoßende, brutale und schamlose Formen angenommen, daß nur noch *radikale* Eingriffe in den Wirtschafts- und Staatskörper das Leben der besitzlosen Schichten, ja des Volkes selbst, zu retten vermögen und die soziale Revolution — im besten Sinne verstanden — zur eigentlichen nationalen Notwendigkeit geworden ist.

Um so tragischer, daß die französische *Sozialdemokratie* mehr und mehr den lebendigen Zusammenhang mit der Arbeiterklasse verloren

hat und in kleinbürgerlichem Ordnungspatriotismus tatsächlich zur Stütze der alten Gesellschaft geworden ist, in deren Interesse ihre Minister — die Blum, Moch, Daniel Mayer u. a. — den Kampf gegen den Kommunismus — ihre einzige Leidenschaft — in einer Art und Weise führen, wie es «besser» auch die konservative Rechte nicht wünschen kann. Die französischen Sozialisten sind damit, nur noch unter viel eindeutigeren Umständen, vor ein Dilemma gestellt ähnlich demjenigen, dem sich auch die tschechoslowakischen Sozialdemokraten bald nach Kriegsende gegenüberfanden. Oder vielmehr: sie haben ihre Wahl ja bereits getroffen, wenn sie hie und da auch noch Anwandlungen zeigen, darauf zurückzukommen — nur eben die *falsche* Wahl, die Entscheidung für die Mächte der «Ordnung» (die sie mit der Demokratie gleichsetzen) und gegen die soziale Revolution. Recht aufschlußreich und das bestätigend, was wir selbst über die damaligen Vorgänge in der Tschechoslowakei geschrieben haben, ist in dieser Beziehung ein Aufsatz von Karl Heinrich Weber in der «Roten Revue» (Oktoberheft), der, offenbar aus eigenem Erleben, schildert, wie die tschechoslowakische Gegenrevolution in den letzten Jahren mehr und mehr an Boden gewann und die innerpolitische Entwicklung so immer mehr einer Krise entgegentrieb.

«Auf diese Weise», so schreibt Weber, «sah sich die Sozialdemokratische Partei im Februar 1948 vor eine Alternative gestellt: Entweder war sie für die Erneuerung der Nationalen Front, was gleichbedeutend war mit einer engen Zusammenarbeit zwischen ihr und der Kommunistischen Partei, für das Weiterschreiten auf dem einmal eingeschlagenen Wege zum Sozialismus, was in verschiedenen Beziehungen zur Preisgabe von sozialdemokratischen Idealen und Grundsätzen führen muß. Da die Kommunistische Partei die stärkste Partei ist, wird sie die politischen Entscheidungen treffen, und praktisch wird die Sozialdemokratische Partei in der kommunistischen aufgehen. Oder aber die Partei hätte es auf einen Bruch der Nationalen Front ankommen lassen, dann wäre sie in eine scharfe Opposition zur Kommunistischen Partei und damit politisch an die Seite der bürgerlichen Parteien gedrängt worden, wo sie eine Verwässerung oder den Abbau der bisherigen wirtschaftlichen Errungenschaften nicht verhindern, vielleicht aber hätte verlangsamen können. Wieweit sie dabei ihre Programmpunkte über den Ausbau der parlamentarischen Demokratie und die Erhaltung der bürgerlichen Freiheiten hätte zu wahren oder gar zu verwirklichen vermögen, würde wahrscheinlich nicht von ihr maßgeblich abhängig gewesen sein.»

Wie sich die tschechoslowakische Sozialdemokratie entschieden hat, ist bekannt. Sie mußte ihre frühere Vermittlungstätigkeit zwischen links und rechts, ihr Schwanken zwischen Fortführung der Revolution an der Seite der Kommunisten und tatsächlicher Unterstützung der Gegenrevolution durch Bekämpfung der Kommunisten an der Seite des Bürgertums — dieses Schwanken, das schließlich im Herbst 1947, mit dem Sieg ihres rechten Flügels geendet hatte, mußte sie mit der Aufsaugung durch die Kommunisten büßen. Die französischen Sozialisten, die gar nicht mehr erst zwischen links und rechts schwanken, sondern sich längst (mit der täuschenden Ausrede, damit eine «dritte

Kraft» bilden zu helfen) ins Lager der Rechten geschlagen haben, haben allen Grund, dasselbe Schicksal zu befürchten, falls sie *in dieser ihrer bisherigen Geistesverfassung* doch noch gemeinsame Sache mit den Kommunisten machten, um aus ihrer Bindung an die Rechte herauszukommen. Sie ziehen es darum vor, ihre Existenz, vorläufig wenigstens, äußerlich zu retten, um die *Sache*, für die sie eigentlich kämpfen sollten, desto konsequenter zu opfern und als Mitläufer, ja Handlanger des Bürgertums den Weg für de Gaulle zu bereiten.

Denn daß die Vierte Republik einer gegenrevolutionären Diktatur entgegentreibt, das ist auch dann sicher, wenn die Regierung Queuille-Moch-Schuman mit ihrem forschen Durchgreifen gegen die «Revolution» scheinbar beweisen sollte, daß ein antikommunistisches Diktaturregiment eigentlich gar nicht mehr nötig sei. Die konsequenteren Antikommunisten sind eben trotzdem die Faschisten! Frankreich wird auf alle Fälle immer ausgesprochener ein Glied jenes Westeuropas werden, das den Kommunismus auf falsche Weise liquidieren will, damit aber nur einen kriegerischen Zusammenstoß zwischen Ost und West riskiert.

Geistliches, Allzugeistliches Welch drückende Verantwortung liegt angesichts dieser Zuspitzung der Gegensätze auf allen denjenigen, die durch ihren wenn auch noch so lauteren Antikommunismus in der heutigen Weltlage zu Vorbereitern dieser Katastrophe werden, besonders den «geistlichen» Antikommunisten! Die Kräfte des christlichen Gewissens gegen den Kommunismus aufzurufen, ist zwar sicher in *jeder* Lage Pflicht und Recht — aber eben doch nur dann, wenn diese Kräfte auch und vor allem gegen den *Kapitalismus* und sein ganzes Reich zum Kampf aufgerufen werden, stellt *er* doch das erste und größte gesellschaftliche Übel der gegenwärtigen Welt dar, das den Kommunismus als Gegenmacht erst erzeugt hat. Geschieht das nicht, wird der christliche Kampf gegen den Kapitalismus und all sein Werk und Wesen nicht mit der gleichen, nein, mit viel stärkerer Leidenschaft gepredigt und in den Mittelpunkt gerückt wie der gegen den Kommunismus, dann verliert der Kampf gegen den Kommunismus einfach sein Recht und seine Wahrheit. Dann wird, was an Wahrheit in ihm ist, zur Helferin der antikommunistischen Unwahrheit der bürgerlichen Welt und damit selber zur Unwahrheit, gerade auch in den Augen jener «Ungläubigen», die ein starkes, elementares Empfinden für das Wesentliche, das Entscheidende im Kampf unserer Zeit haben und einem solchen Christentum erst recht nichts mehr glauben. Die Prediger jenes christlichen Antikommunismus, den wir hier meinen, geben sich kaum Rechenschaft darüber, wieviel Schaden sie in ihrer Rolle als Feldprediger des antikommunistischen Kreuzfahrerheeres der Sache Christi tatsächlich zufügen!

Ähnliches gilt von der Bewegung für *«moralische Aufrüstung»*, die jetzt etwas in Mode gekommen ist und ihre Stoßkraft auf dem politischen Feld in erster Linie ebenfalls gegen den Kommunismus (sowie den Sozialismus!) richtet, auf den Kampf gegen die mammonistische Unrechtsordnung aber nur lähmend wirkt — nicht zu reden von der fürchterlichen Geschmacklosigkeit, die ihre Erweckungs- und Erbauungsrevue «The Good Road» («Der gute Weg») nach Presseberichten darstellen muß.* Und es gilt auch von der *Amsterdamer Weltkirchenkonferenz*, die mit ihren wohlausbalancierten Einerseits-Anderseits-Resolutionen wieder jene typische Unfähigkeit zu tapferer, scharfer Stellungnahme bewies, die auf die «Welt» verheerender wirkt als alles massive Heidentum. Im besonderen die Entschließung über Kapitalismus und Kommunismus hat sich mit ihrer gewollten Unklarheit — grundsätzliche Verurteilung des Kommunismus, aber Ablehnung nur des «Laissez faire-Kapitalismus», also des ungezügelten Manchesterliberalismus, den es heute überhaupt nirgends mehr gibt, auch nicht in Amerika — gerade um die saubere Stellungnahme zu den *gegenwärtigen* Formen des Kapitalismus, zum organisierten Monopolismus und dynamischen Imperialismus, meisterlich herumgedrückt und damit den wirtschafts- und klassenpolitischen Bedürfnissen des besitzenden Großbürgertums trefflich entsprochen. Und da will man wohl die Kommunisten noch von der Gottlosigkeit der materialistischen Geschichtsauffassung überzeugen, die die Religion einfach als Ideologie im Dienste der herrschenden Klassen erklärt! Bekommt da nicht eher jener deutsche Katholik recht, der nach einer Reise in die russische Besetzungszone sagte, daß er nicht mehr an die Kraft des Christentums glauben könne, hingegen den Sieg des Kommunismus für wahrscheinlich halten müsse, da die Westmächte dieser Lehre keine gleichwertige Kraft entgegenzusetzen hätten? Oder bricht doch noch zur rechten Zeit — wenn die Not am größten — die rettende Revolution — die Revolution Christi — durch, die mit ihrem Sieg über das Reich Mammons auch alle Gewaltrevolution, weil sie unendlich überbietend, erledigt?

2. November. *Hugo Kramer.*

---

* In einem dieser Berichte heißt es: «... Der Musik kommt dabei als Suggestivelement ein gewichtiger Part zu, und die sordinierten Geigen unternehmen gelegentlich schonungslose Zermürbungsangriffe auf das Sentiment. Dann wieder wird das konzentrierte Strahlenbündel von Hunderten jugendlich begeisterten Augen auf die Opfer gerichtet ... Ein pausenloser Fluß, ein packender Entrain und ein rascher Wechsel von Hell und Dunkel gibt dieser Revue alle Vorzüge einer ausgezeichneten Abendunterhaltung.»